



Finanzielle Sicherheit für Frauen*-Projekte in Niedersachsen!

Offener Brief des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V.

2021 – das bedeutet 1 ¼ Jahre Leben mit und in der Pandemie. Gleichzeitig bedeutet es aber auch: viele wichtige Erkenntnisse zur Digitalisierung der Gesellschaft und zu den Defiziten in unserem Gesundheitssystem. Auch ist ein deutlicher Anstieg an Gewalt gegenüber Frauen* und Kindern zu verzeichnen.

Insbesondere Frauen* hat die Pandemie hart getroffen: Sie waren bzw. sind von Kurzarbeit betroffen und immer wieder geschlossene Schulen und Kitas verlangten Homeschooling. Die Pandemie brachte die traditionelle Rollenverteilung in die Familien zurück – viele Mütter bleiben zuhause oder übernehmen neben dem Beruf wieder deutlich mehr Aufgaben rund um den Haushalt und die Kinderbetreuung.

Darüber hinaus arbeiten vor allem Frauen* in den sogenannten systemrelevanten Berufen, die nach wie vor zu schlecht bezahlt werden. Die finanziellen und psychischen Belastungen steigen stetig.

Frauen* und Mädchen*, die strukturelle Diskriminierung (z. B. Rassismus) erleben, trifft die Pandemie besonders, sie haben noch weniger Chancen am Arbeits- und Wohnungsmarkt.

Aktuell berät die Niedersächsische Landesregierung über den Doppelhaushalt 2022 und 2023. Mit großer Sorge beobachten wir die Haushaltsdebatte, denn die Pandemie hat durch Hilfspakete und Sicherungen viele Mittel gebunden. Nun ist es besonders wichtig, die (Weiter-)Finanzierung von Frauen*-Projekten im Landeshaushalt 2022 und 2023 zu sichern!

Forderungen für den Niedersächsischen Landeshaushalt 2022 und 2023:

- Ein geschlechtergerechter Aufbau nach der Krise. Die prekäre Situation vieler Frauen* und Kinder muss stärker in den Blick genommen werden!
- Faire Bezahlung für Frauen* statt leerer Versprechungen und Beifall!
- Gleichbleibende, stabile Finanzierung von Interessensvertretungen und Frauen*-Projekten auf Landesebene!
- Finanzielle Sicherung und Ausbau des Unterstützungssystems (Fachberatungsstellen, Frauenhäuser und BISS-Stellen) für von Gewalt betroffene Frauen* und Mädchen* in Niedersachsen!

Hannover, 16.06.2021